

Anlage 11

Projekte zur Radikalisierungsprävention

- Das beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg angesiedelte Kompetenzzentrum gegen Extremismus (konex) stellt verschiedene Informationen zu den Bereichen des politisch und religiös motivierten Extremismus zur Verfügung. Insbesondere werden im zugehörigen Landesbildungszentrum Deradikalisierung spezielle Zielgruppen (z. B. Schulpsychologen, Bewährungshelfer, polizeiliche Präventionsbeamte) im Erkennen von sich radikalierenden oder bereits radikalisierten Personen intensiv geschult. Im Zuge der Ausstiegsberatung können extremistische Personen gezielt deradikaliert werden. Ergänzend hierzu werden durch die regionalen Präventionsreferate Lehrerinnen und Lehrer für das Thema Extremismusprävention sensibilisiert.

Die Fachstelle Extremismusdistanzierung – FEX – des vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg geförderten Trägerverbundes Demokratiezentrum Baden-Württemberg bietet Pädagogischen Fachkräften der Offenen und Mobilen Jugendarbeit fachliche Begleitung und Sensibilisierung im Themenfeld Extremismusdistanzierung mit besonderem Fokus auf die Beziehungsarbeit an. Darüber hinaus sollen die bisher bestehenden einschlägigen Netzwerke zugänglich gemacht und erfolgreiche Modelle und Methoden weiter verbreitet werden. Ziel ist es, lokale und regionale Unterstützungsbedarfe im Themenfeld von politischem oder religiösem Extremismus, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und eventuell damit verbundener Gewalt zu erheben und Fachkräfte im Umgang mit diesen Themen zu stärken. Darüber hinaus führt die Fachstelle Schulungen für Mitarbeitende der Jugendbildung durch, in welchen ein geschulter Umgang bei einer möglichen Radikalisierung eines/einer Jugendlichen erlernt wird.

Eine weitere Fachstelle des Demokratiezentrums Baden-Württemberg – „PREvent!on – Prävention von religiös begründetem Extremismus“ entwickelt Maßnahmen, Strukturen und Strategien für die Präventionsarbeit im Bereich der Radikalisierung junger Menschen im Kontext des religiös begründeten Extremismus. Die Fachstelle vermittelt Fachwissen über vorhandene Gruppierungen und Rekrutierungsmethoden in Form von Workshops, Vorträgen und Planspielen. Im Rahmen einer modularen Qualifizierung der Fachstelle werden Fachkräfte im Umgang mit Rekrutierungspraktiken radikalisierender Akteure geschult. Dabei werden die Fachkräfte qualifiziert, um relevante Themen mit Jugendlichen aufzugreifen und der polarisierenden Wirkung extremistischer Rekrutierungsversuche nachhaltig entgegenzuwirken

- Seit Juni 2017 wurde in bayerischen Justizvollzugsanstalten die Zusammenarbeit mit einem Externen im Bereich der Radikalisierungsprävention erfolgreich pilotiert. Dabei wurden eigens für den bayerischen Justizvollzug Workshops entwickelt. Unter dem Titel "ReStart - Freiheit beginnt im Kopf" werden Gefangene (auch Flüchtlinge) mit einem speziell geschulten und ausgebildeten Projektteam unter professioneller Anleitung gemäß dem sog. Peer-Education-Ansatz mit kontroversen Inhalten konfrontiert und zur Diskussion angeregt. Dabei setzen sich Gefangene mit bestimmten Wertevorstellungen (z.B. patriarchalische Unterdrückung, Gleichberechtigung, Gewalt), Weltbildern (z.B. dualistische Wahrnehmung "wir" vs. "sie") und Kommunikationsmustern (z.B. Tabuisierung bestimmter Themen) offen und direkt auseinander. Derartige, teils kontroverse Inhalte können jungen Menschen nachhaltig vermittelt werden, wenn die Gespräche und Diskussionen "auf Augenhöhe" geschehen und von teils Gleichaltrigen mit gleichem

sozialen bzw. kulturellem Hintergrund geführt werden. Auf diese Weise werden Gefangene zum kritischen Denken angeleitet und somit gegenüber islamistischen Ideen gestärkt, so dass Radikalisierungsversuchen gar nicht erst ein Nährboden ermöglicht wird. Die Erfahrungen der Workshops werden nicht nur von den Justizvollzugsanstalten und Fachdiensten, sondern auch von den teilnehmenden Gefangenen durchweg positiv und zielführend bewertet, sodass die Workshops in den Justizvollzugsanstalten fortgesetzt werden.

- Die Arbeitsgruppe I „Gewalt und Minderheiten“ des Hessischen Landespräventionsrats befasst sich schon lange mit dem Thema Prävention von Extremismus. Zu ihren Maßnahmen gegen politisch oder religiös motivierte und extremistische Gewalt gehören dabei insbesondere Angebote, die demokratisches Handeln stärken, sowie solche, die Radikalisierungsprozesse hemmen sollen. Sie richtet Fachveranstaltungen und Workshops aus und initiiert Projekte, auch solche mit der Zielrichtung einer stärkeren Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der kommunalen Kriminalprävention.

Im Rahmen der von Hessen eingerichtete Stabsstelle „Netzwerk zur Deradikalisierung im Strafvollzug“ (NeDiS) besteht ein Programm, mit dem systematisch mit Hilfe der Vollzugsbediensteten Radikalisierungstendenzen im Justizvollzug identifiziert, beobachtet und analysiert werden sollen, um gezielt konkrete Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Ferner sieht das Programm eine Reihe von auf die jeweiligen Extremismusbereiche zugeschnittenen Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen sowie eine umfassende und sorgfältige Entlassvorbereitung („Zielgruppenorientiertes Übergangsmanagement“) vor.

Zu den Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen gehören neben der all-gemeinen Behandlung im Vollzug, etwa Behebung von Bildungs- und Ausbildungsdefiziten, im Bedarfsfall individuelle Psychotherapie zur Bearbeitung persönlicher Defizite und krimineller Persönlichkeitskonstellationen, Anti-Gewalttrainings sowie Rechtsstaatskunde und Wertevermittlung („Schule des Respekts“), die Zusammenarbeit mit freien Trägern, die in der Deradikalisierung tätig sind und Gruppen und Einzelmaßnahmen sowie Aussteigerprogramme anbieten, ferner Programme zur Vermittlung politischer und kultureller Bildung, Medienkompetenz, Medienprojekte sowie die regelmäßige Fortbildung und Sensibilisierung sämtlicher Vollzugsbediensteten.

- In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits seit Jahr 2001 ein Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten, das seit 2017 den Namen „Spurwechsel“ trägt. Das Programm richtet sich an stark radikalisierte und in die rechtsextremistische Szene fest eingebundene Personen. Es verfolgt das Ziel, ausstiegswilligen Personen eine Rückkehr in die demokratische Gesellschaft zu ermöglichen. Einschlägige Straftaten und das rechtsextremistische Personenpotential sollen dadurch reduziert werden. Laut der im Jahr 2015 durchgeführten wissenschaftlichen Evaluation besteht bei Personen, die in das Programm aufgenommen wurden, eine Erfolgsquote von 94 Prozent nachhaltiger Ausstiege. In vertraulichen Gesprächen entwickeln speziell ausgebildete Begleiter/innen gemeinsam mit dem Aussteiger/der Aussteigerin ein individuelles Ausstiegskonzept und helfen bei der konkreten Umsetzung. Dies kann persönliche Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche, Entziehungsmaßnahmen, Umzugshilfen, Hilfe bei der Bewältigung alltäglicher Problemlagen oder Haftbetreuung umfassen. Ein wesentliches Element der Ausstiegsarbeit

ist die Aufarbeitung der extremistischen Vergangenheit und Ideologie. In den Gesprächen werden Einstiegsprozesse beleuchtet und undemokratische Denkmuster hinterfragt.

- Im Demokratie-Zentrum Sachsen werden die Islam- und Muslimfeindlichkeit im Rahmen der Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA) vor allem präventiv bearbeitet. Durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit des Landes mit seinen muslimischen Organisationen einerseits sowie durch eine entsprechende Fortbildung und Sensibilisierung der sächsischen Bevölkerung für die Themen Islam, Radikalisierung sowie Islam- und Muslimfeindlichkeit andererseits, können auch in der Mehrheitsgesellschaft vorherrschende Vorurteile und Vorbehalte gegenüber hier lebenden Muslimen abgebaut und auf langfristige Sicht Diskriminierungserfahrungen aufgrund von religiöser Zugehörigkeit reduziert werden. Zugleich ist es möglich, auf diese Weise sowohl den Salafisten und anderen extremistischen Islamisten (angesichts geringer Ausgrenzungserfahrungen bei hier lebenden Muslimen) als auch den Rechtspopulisten und -extremisten (angesichts einer mehr sensibilisierten nicht-muslimischen Bevölkerung) den Boden für ihre jeweiligen Rekrutierungsbemühungen zu entziehen.
- Das Amt für Verfassungsschutz im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales bietet zum Thema Radikalisierungsprävention entsprechende Fachvorträge, Informationsveranstaltungen und Infomaterialien sowie eine Wanderausstellung an, um hinsichtlich aller Erscheinungsformen im politischen Extremismus zu sensibilisieren.